

Volksmacht

für Schlesien Posen und die Nachbargebiete.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die neue Welt“.

Telephon Nr. 451.

Telephon Nr. 451.

Nr. 33

Montag, den 9. Februar 1903.

14. Jahrgang.

Das Zentrum vor den Wahlen.

Die Sonnabend Sitzung des Reichstags eröffnete Graf Kestner mit der ja ganz erfreulichen Mitteilung, daß im Dezember über die Personen, welche Abgeordnete sein wollen, verhängte Sperre zwar nicht aufgehoben, doch suspendiert sei.

Das Haus trat sodann in die Beratung des Etats des Reichs ein. Dazu lagen eine Reihe sozialistischer Resolutionen vor, die teils von unserer Fraktion, teils von den sozialliberalen Abgeordneten Pachtinick und Kiehl beantragt, auf Erweiterung der Sozialgesetzgebung in mehreren Richtungen bringen.

Der Herr Reichstag pflegt das Zentrum als sein sozialistisches Herz zu entdecken. So hat es denn auch einen Antrag auf Anerkennung der Rechtsfähigkeit der Arbeitervereine eingebracht. Dieser so sehr berechtigte und weidliche Antrag gehört zu den ältesten Lebenshütern: dank chronischer Taubheit des hohen Bundesrats, der sein Ohr nicht gegen alle Wünsche des Reichstags verstopft, die nicht gefallen — und das sind unendlich viele.

Herr Trimborn, Vertreter des „heiligen Kölns“, schon seit dem 13. Jahrhundert der Ultramontanismus „demokratischen“ Gewande einherzustolzen pflegt, erhielt Auftrag, über kirchliche Sozialpolitik einen mehr rührenden als überzeugenden Vortrag zu halten und nebenbei ohne strenges Festhalten an historischer Wahrheit den Politiker seiner Partei zu beschönigen. Er entledigte sich dieses Auftrags mit der hohen Diskantstimme, die ihm eigen ist und die schon zu so manchen Tribünenwigen Anlaß gegeben hat.

Bediegener, als der ultramontane Vertreter der rheinischen Provinz, sprach Herr Röske-Deffau, den Genosse Kestner mit Recht als einen „weißen Raben“ unter den politischen Politikern bezeichnete. Abg. Röske verprügelte nämlich das Märlein von der Gleichberechtigung der Arbeiter und zerstörte unbarmherzig die selbstgefällige Reichs-Deutsche von der gewaltigen sozialpolitischen Ueberlegenheit Deutschlands; aber der Redner schloß denn doch mit der weisung des sozialdemokratischen Maximalarbeitsstages und mit einem warmen Appell an das Herz des Reichstags, der nach Herrn Röske längst sein politisches Damaskus gefunden und aus einem Scharfger-Saulus zu einem Reform-Paulus geworden ist.

Genosse Wurm, der nunmehr zu einer ebenso gründlichen wie einschneidenden Kritik der gesamten deutschen Sozialpolitik das Wort ergriff, konnte in manchen Punkten Ausführungen seines Vorredners sich anschließen; in anderen ergänzte er sie, in wieder anderen — so namentlich in der Frage des Maximalarbeitsstages — trat er ihnen mit Entschiedenheit entgegen. Natürlich unterschied sich die Kritik des Fraktionsredners von der Kritik, die Herr Röske leistete, so, wie sich die Kritik eines Sozialdemokraten, d. h. eines Gegners der kapitalistischen Gesellschaftsordnung, von der Kritik eines Sozialpolitikers unterscheidet. Es giebt kaum ein sozialpolitisches Gebiet der so weit verzweigten Sozialwissenschaft, das

Wurm in seinen stets von eingehendem Studium und geistiger Sachkenntnis zeugenden und getragenen Ausführungen nicht berührt hätte. Wir wollen hier nur erwähnen, daß er die Legende von den idealen Kruppischen Wohlfahrts-Einrichtungen gründlich zerstörte, den durch offizielle Anweisungen herbeigeführten Niedergang der Gewerbeaufsichts-Verichterstattung gebührend geißelte und am Ende seiner Ausführungen den Klassencharakter der modernen Arbeiterbewegung mit aller Entschiedenheit betonte.

Im Abgeordnetenhaus

Brachte am Sonnabend Abgeordneter Dr. Barth von der Freisinnigen Vereinigung in der fortgesetzten Beratung des Etats des Ministeriums des Innern die Frage der Theaterzensur zur Sprache und kritisierte die Verbote von Max Dreyers „Tal des Lebens“ und Paul Heykes „Maria von Magdala“. Beide Verbote seien ungerechtfertigt, da weder das erstere Drama unsittlich, noch das letztere in religiöser Beziehung anstoßerregend sei. Redner regte eine gänzliche Beseitigung der Theaterzensur an, da es ja auch ganz gut ohne Präventivverbot für die Presse gebe, die doch einen unermesslich größeren Einfluß habe als das Theater.

Der Minister des Innern Freiherr von Hammerstein meint, die Theaterzensur sei nicht zu entbehren, und die Verbote der beiden vom Vorredner angeführten Stücke seien aus sittlichen und religiösen Gründen durchaus gerechtfertigt. Wie sicher sich der Minister unter dem Schutz des Dreiklassenparlaments fühlt, beweist die schnoddrige Art, wie er gegen den Abgeordneten Dr. Barth losfuhr, weil dieser es rügte, daß in Magdeburg einige höhere Beamte unter Androhung des Boykotts die Entfernung des „Vorwärts“ aus dem „Casé National“ verlangt hatten. Herr Dr. Barth, so meinte Freih. v. Hammerstein, betriebe dadurch, daß er diesen Fall zur Sprache brachte, nur die Geschäfte der Sozialdemokratie und jeder Beamte habe das Recht, seine Gefühle gegen gewisse Zeitungen nachdrücklich zu äußern.

Die zahlreichen Beschwerden über die Ausweisungen aus Nordschleswig und Versammlungsverbote aus Oberschlesien wegen Gebrauchs der polnischen Sprache zeigen, daß sich in dieser Hinsicht nichts geändert hat. In Zukunft sollen allerdings, wie der Regierungsvertreter erklärte, Versammlungen, in denen in polnischer Sprache verhandelt wird, aus diesem Grunde nicht mehr aufgelöst werden dürfen. Nun, dann wird die Polizei mit Leichtigkeit einen anderen Vorwand finden. Die Art und Weise, wie das Ueberstreichen polizeilicher Befugnisse von der Regierung entschuldigt wird, muß ja die unteren Organe geradezu zur Befolgung ihrer bisherigen gesetzwidrigen Praxis anstacheln.

Von Bedeutung war das Schweigen des Ministers auf die erneute Anfrage des Abg. Rosenow (fr. Sp.) über den Versuch der Polizei, einen Angestellten des „Vorwärts“ zum Verrat zu bestechen. Abg. Rosenow wünschte vom Minister die Gewißheit, daß es sich nicht um einen Beamten der politischen Polizei handle, Herr v. Hammerstein aber schwieg. Keine Antwort ist auch eine Antwort.

Politische Uebersicht.

Der Nachlaß einer Arbeiterfamilie. Ein Salinenarbeiter in Leopoldshall, der als fleißiger, ordentlicher Arbeiter allgemein bekannt war, starb an der Schwindsucht und fast gleichzeitig mit ihm wurde auch seine Frau von dem Bürgengel dahingerafft. Vier unmündige Kinder stehen weinend an dem Grabe ihrer Eltern. Die behördliche Nachlassregulierung ergab folgendes:

Inventarium.		Taxe M.
1. An Kleibern und Taillen.		1.50
2. „ „ „ 2 alte Bettstellen, 2 Dedeln, 4 Kissen.		25.—
3. „ „ Porzellan.		1.—
4. „ „ Möbeln:		
3 alte Tische.		3.50
3 alte Stühle.		5.00
1 alter Kleiderschrank.		9.—
1 alter Küchenschrank.		3.—
1 alte Kommode.		1.50
1 alter Koffer.		0.75
1 Kleiderkasten.		0.75
2 Kissen mit Vorhängen.		2.—
5. Blechgeräte:		
1 alter Kochtopf.		0.75
1 alte Lampe.		—
6. Waschgefäße: 1 altes Waschfaß.		2.—
Summa.		60.75
Passiven:		
An Leichen- und Begräbniskosten.		24.—
Für den Schuhmacher.		20.—
Für den Bäcker.		4.—
Aufnahme der Taxe.		2.—
Summa.		50.—
Bilanz:		
Aktiva.		60.75
Passiva.		50.—
Bleibt Aktiva.		10.75

Leopoldshall, den 20. Januar 1903.

Der Taxator.

So sieht das traute Heim eines Arbeiters mit gesicherter Existenz aus und es wird in hunderttausenden von Arbeiterfamilien nicht anders aussehen.

Die Durchbrechung des Feinnetzgesetzes nimmt die „Kölnische Volkszeitung“ mit den Worten hin: „Anerkennen mag man immerhin, daß endlich, endlich sich der nötige Mut gefunden hat, um, einem blöden Pausen zum Trotz, diese Operation vorzunehmen.“

Die „Magdeburgerische Zeitung“ schreibt einseitig: „Wir fürchten nur, daß Graf Bülow hier sehr optimistisch denkt. Wo der Ultramontanismus die Macht hat, ist er stets intolerant.“

Ebenso kurz ist die „Kölnische Zeitung“:

„Immerhin ist nicht zu leugnen, daß die öffentliche Meinung dieses Abbröckeln des Feinnetzgesetzes in diesem Augenblicke, da es wie ein Epilog zu den Bolltarifkämpfen erscheint, als eine Entlohnung des Zentrums für Dienste auffassen wird, die jede patriotische Partei aus rein sachlichen Erwägungen heraus leistet.“

Und die „Deutsch-Evangelische Korrespondenz“:

„Sehr traurig, fürwahr sehr traurig! Vielleicht ist es so besser; das Empfinden überkommt einen, schnell alles fort-“

„ce ego — Erst komme ich!“

Roman von Ernst v. Wolzogen.

(Schluß des ersten Teils.)

Als sie zusammen die Treppe zum ersten Stockwerk hinaufgingen, hob Aribert seinen Arm zutraulich unter den des neuen Papas und sagte:

„Papa ist wirklich zu gut. Du glaubst also, daß er mir das geben wird? Ich würde ihm ja so unendlich dankbar sein. Du als Kaufmann vertrittst das vielleicht nicht — aber nicht so streng, daß mir diese Wechsel mit meinem Namen darauf eine Schande für die ganze Familie vorkommen.“

„Beruhige Dich nur, ich denke gerade so streng“, erwiderte er, „und darum will ich dafür sorgen, daß Du gebolten wirst. Du hast ja noch für diese alten Tage ein Kapital aus dem Gezeugen; davon wird er Dir wohl die zwanzigtausend Mark lassen. Ich werde ihm dafür Bürgschaft leisten, und wenn er nicht zurückzahlen kann, dann müssen sie eben später mal Portens Vermögen absetzen. Uebrigens: zwanzigtausend hat meine Schwester Hedwig damals zur Aussteuer bekommen und Lotten wird Papa gewiß nicht weniger geben wollen.“

Als Aribert eine Minute später seiner Braut die Hand drückte, die seine wieder ganz warm. Seine Augen glänzten und er wieder fest und stattlich auf seinen zwei Beinen. Er war den Nachmittag über sehr angeräumt und liebenswürdig, und als er sich an den Flügel setzte, hörte er fast eine Stunde lang bittig zu und widerstand sogar der Versuchung, zwischendurch der lustigen Frau Hedwig zu schwagen.

Gleich nach dem Abendessen empfahl er sich, weil er am anderen Morgen schon wieder nach Streben zurück mußte, wo die Enten befehlen sollte, die seine Anwesenheit dringend notwendig machte. Die Enten sollte schon in wenigen Wochen, Ende August oder Anfang September spätestens fliegen. So hatten sie verabredet und hier draußen in der Tegeler Villa. — Charlotte war ganz das, daß er so früh schon ging, denn sie begann nach dem Abendessen müde zu werden. Unten an der Treppe, beim Abschieden, bekam sie ihn ersten, wirklichen Kuß. Er regte sie nicht ab, sie vermochte ihn ebenso regiert zurückzugeben, wie er ihr geworden war. Sie schlief sehr fest und traumlos diese Nacht, als sie am anderen Morgen spät erwachte und sich bei klarem, klarem Sinnen überlegte, wie das alles denn nun eigentlich gehen war, da fühlte sie sich ganz zufrieden mit sich und ihrem Mann und meinte nun zu wissen, wie einer glücklichen Braut zu sein.

Am Laufe des Vormittags stellten sich Meyerus nebst Karola

ein, um ihren schuldigen Besuch zu machen. Sie waren alle drei von innigster Teilnahme für das Glück ihres Bruders und Schwagers erfüllt. Keiner von ihnen hatte im Grunde geglaubt, daß er als Sieger von seinem schweren Gange nach Tegeler zurückkommen würde, denn das Gebahren Charlottens wie ihres Bruders nach der Ueberwindung während des Tanzvergnügens war ihnen höchst verdächtig vorgekommen, und sie waren vollstänbig darauf gefaßt gewesen, daß die Schönbeds diese Komödie, vielleicht auch gar die unglückliche „humoristische“ Rede des Majors von Wichmann, zum Vorwand nehmen würden, um Aribert mit langer Nase heimzuführen. An Charlotten selbst erinnerte sich niemand, irgend welche Symptome von Verliebtheit bemerkt zu haben.

Herr von Meyern war derartig lebenswichtig, daß selbst der alte Herr Schönbed ganz warm wurde, und seine Gattin rang sich etliche Bärtelchen für Charlotten ab, welche diese wirklich mit Stolz empfing. Mit solcher Herzlichkeit von der gesamten Familie des Bräutigams willkommen geheißen zu werden, das schien ihr eine freieswegs unerhebliche Bürgschaft, für ihr zukünftiges Glück zu sein. Frau Hedwig, die „freie Witwe“, wie Frau von Meyern sie doch hater Weise im Kreise der Frauen nannte, wurde während der ganzen Dauer des Besuchs von ihr wie Luft behandelt. Und wenn nicht Karola um so eifriger mit ihr geplaudert hätte, je auffallender die sittenstrenge Schwester sie mißte, so hätte Frau Hedwig sicher meckern müssen, woran sie mit der Majorin war. So aber war es ihr ganz gleichgültig, ob jene ein schiefes Gesicht zog oder nicht, als sie Karola in der gemobten naiven Begeisterung von ihrem Plan, zur Bühne zu gehen erzählte. Karola zeigte sich übrigens für diesen Plan lebhaft interessiert und der Major behauptete sogar, er hätte nicht sofort den Verluß zur dramatischen Künstlerin angehen und nur nicht gewagt, davon zu sprechen, weil man bei einer Dame aus der Gesellschaft doch nie recht wissen könne, wie eine Aufforderung, sich eine glänzende Zukunft und Verheiratung, er werde bestimmt unter dem Blick wohl gemerkt, mit welchem der Major ihr Gatten für seine warmen Worte beehrte. Sie beehrte sich, die gestrenge Schwägerin zu versichern, daß sich die Familie Schönbed selbst durch Frau Hedwigs lächerliche Idee am allerwilligsten hänge machen lasse.

„Aber ich bitte Sie“, sagte Frau von Meyern mit lieblichem Lächeln. „Sie werden doch Ihre Frau Schwester nicht hindern wollen, sich den Platz zu erkämpfen, auf den sie unweifelhaft hingehört.“

Und damit erhob sie sich, um das Signal zum Rückzug zu geben. Sie wollte noch am selben Nachmittag auf ihr Gut zurückkehren. Bedauern haben und drücken, daß der Besuch so kurz gewesen, daß man den Doktor Heinrich nicht gesehen habe, daß man nicht noch einmal wenigstens zu einer gemütlichen Familienfeier in Tegeler

bestimmen sein könne, daß man sich nun bis zur Hochzeit nicht wiedersehen werde — liebeliche Nicken, stehende Achs! und Ohs!, herzzugewandene Lächeln, feuchtwarme Blicke Auge in Auge gefaßt — und der Abschied war ausgesprochen.

Einen praktischen Erfolg hatte aber das lebhaft Hin und Her billiger Liebesswürdeln doch gehabt. Karola nämlich hatte es so geschickt zu befragen und zu befehlen gewußt, daß sie nach nur fünf-tägigem Aufenthalt in Berlin nun schon wieder obdachlos und daher gezwungen sei, nach Streben zurückzukehren, daß die Schönbeds gar nicht gut vermeiden konnten, sie recht herzlich aufzufordern, sie möchte ihnen doch die Freude machen, noch einige Zeit bei ihnen zu verbringen. Karola sträubte sich ein wenig mit dem Hinweis, daß sie der Bruder wegen des nahen Termins der Hochzeit wohl in Streben hätte haben werde, um ihn bei der Instandsetzung des alten Herrenhauses zum Empfang der jungen Frau bedürftig zu sein. Hiergegen hatte Charlotte wieder geltend gemacht, daß ihr der Rat der Schwägerin, die mit den Erfordernissen des Landlebens doch weit vertrauter sei als die Jhrigen, bei Beschaffung der Aussteuer von größtem Werte sein würde. Aribert hatte ja doch die Mutter und die Tante zur Seite. Da auch der alte Herr Schönbed die Einladung unterstützte, so ließ sich Karola endlich bewegen, noch am selben Tage mit ihrem Koffer anzukommen. Die Einladung war den Schönbeds wirklich von Herzen gekommen, da das große Mädchen ihnen allen recht wohl gefiel.

Der Juli ging zu Ende und auch der August — und das Fräulein von Kienberg hauste noch immer in Tegeler. Sie verstand es so vornehmlich, sich in die Eigenheiten aller Familienmitglieder zu schicken, daß sie bald zum allgemeinen Liebling des Hauses geworden war. Stundenlang hielt sie mit dem alten Herrn beim Angeln aus und interessierte sich auch auf das Lebhafteste für Lebensweise und Charaktereigenschaften aller hier vorkommenden Schwägerinnen; sie luderte das „Papagen“ in der Gondel, die den Namen „Charlotte“ trug, auf den See hinaus, unterhielt ihn, las ihm vor oder sah still lesend dabei, je nachdem es verlangte. Mit Frau Hedwig trieb sie allerlei Liebesnetze, hegte Pläne zu immer neuen Amüsemens aus, half ihr beim Einstudieren von Rollen für den Unterricht bei Herrn Hellhof, der allerdings erst nach den Ferien des königlichen Schauspielhauses beginnen sollte und vermindert das Konradchen sprechlich. Charlotten war sie in der Tat eine nützliche Beraterin beim Einkauf der Ausstattung. Sie war so praktisch und umfänglich — sie kaufte immer nur das Beste, weil sie die Erfahrung gemacht hatte, daß man bei der billigen Ware so sehr viel schlechter fortkam. Und so viel von allem mußte es sein, daß die ganze Familie Schönbed keinen geringen Respekt bekam vor dem großen, wahrhaft vornehmen Stil, in dem es Hausfrauen auf Schloß Streben geführt wurde.

(Fortsetzung folgt.)

gründen, damit der ewige Rubbel aufhört und die Bahn auch für das evangelische Bewußtsein frei wird. Dieses wird dann schon die geeignete Antwort finden!

Ein katholisches Blatt, die „Märkische Volkszeitung“, wagt gleichnerisch zu fragen:

Im Abgeordnetenhaus wehrt sich zur selben Zeit eine Volks- und freiheitsfeindliche Mehrheit für die Erhaltung des schlichten und elementarsten Wahlsystems — wie Herr Bismarck das Dreiklassen-System nannte — in seinen schlimmsten Auswüchsen, damit der Polizeistaat Preußen dieser ihn „auszuwickeln“ berechtigten Eigentümlichkeit nicht verlustig gehe.

Das ist reichlich unverschämte Bauernfängerei; denn zu der volks- und freiheitsfeindlichen Mehrheit gehört in erster Linie das — Zentrum.

Zwischen der Verflechtung des „Sulkan“ und den Arbeitern steht eine Einigung bevor. Die Verflechtung hat die Werk nicht geschlossen, da die Arbeiter die verhängte Sperre aufgehoben. Die von der Direktion ausgesperrten 500 Arbeiter sind noch nicht zur Arbeit erschienen. Die Arbeiter wollen noch der „Weiterzeitung“ über die Vorschläge der Verflechtung nach Gewerkschaften abstimmen.

Gekürzt. Herr Reinhold Wegas, der bekanntlich in erster Linie die vom Kaiser geleitete neue Renaissance (Siegesallee usw.) verurteilt oder angeregt hat, der unabweisliche Wettbewerb bei allen patriotischen Denkmälern ist plötzlich aus seiner Lehrtätigkeit an der Akademie der Künste gedrängt worden. Vermählungen seiner Tätigkeit, insbesondere durch den Organisten im Kultusministerium, sollen dem Wegas gegeben haben. Allelei geheimnisvolle Umgebungen, so eine Immatrikulation von Wegas-Schülern an Wilhelm II., umranken den Fall.

Was hat den bildhauernden Leibgardisten der Hohenzollern so über Wang zu Fall gebracht?

Ein Strafgesetz wegen Kontraktbrüchigkeit verlangt der Vorstand der Landwirtschaftskammer für die Provinz Schlesien-Polze in einer Eingabe an das Abgeordnetenhaus, unterzeichnet vom Grafen Ranjan. Ueber die Resolution des Abgeordnetenhauses hinaus werden neue Strafbestimmungen verlangt, nicht bloß gegen Arbeitgeber, welche kontraktbrüchige Arbeiter annehmen, sondern auch gegen Arbeiter nach dem Muster des anhaltischen Gesetzes vom 13. März 1900. Die Strafen gegen Kontraktbruch in dem für die alten preussischen Provinzen bestehenden Gesetz vom 24. April 1854 werden als durchaus unzureichend bezeichnet. Wer widerrechtlich die Arbeit verläßt, soll nach der Petition auf seine Kosten zwangsweise dem Arbeitgeber zugeführt und außerdem mit Geldstrafe bis zu 30 Mk. oder mit Haft bis zu 10 Tagen belegt werden. Auch derjenige, welcher landwirtschaftliche Arbeiter zum widerrechtlichen Verlassen der Arbeit verleitet, wird bis zu 150 Mark bestraft. Die Koalitionsfreiheit ist in Anbetracht vollständig aufgehoben durch die Bestimmung, wonach landwirtschaftliche Arbeiter mit Gehältern bis zu einem Jahre bestraft werden, welche ihre Arbeitgeber zu gewissen Handlungen oder Zugeständnissen in Bezug auf den bestehenden Arbeitsvertrag dadurch zu bestimmen suchen, daß sie die Einstellung der Arbeit oder die Verbindung derselben bei einzelnen oder mehreren Arbeitgebern untereinander verweigern. Die Arbeiter unterliegen der gleichen Strafe auch wenn sie keine landwirtschaftlichen Arbeiter sind.

In dieser Eingabe kommt das richtige Justizministerium unter den Agrariern in der schärfsten Form zum Ausdruck.

Für den ersten Berliner Reichstagswahlkreis wurde am Freitag in der Generalversammlung des Wahlvereins der Freisinnigen Volkspartei der Präsident der Arbeiter der Kaufmannschaft, Stadtdirektor Stadtverordneter Kämpf, einstimmig als Reichstagskandidat aufgestellt. Dr. Sangerhans hat wegen hohen Alters verzichtet.

Gegen den polizeilichen Ueberreifer, der sich in den zum Schutz des Kaisers beliebigen umfangreichen Straßensperren landweil, soll sich Wilhelm II. allerdings ganz energisch ausgesprochen haben. Der Kaiser habe den Befehl gegeben, daß Anordnungen zu treffen seien, durch die jede in das Straßenleben tief einschneidende Sperre unterbindung der fraglichen Art fortan unmöglich gemacht wird. Die Berliner Schutzmannschaft hat daraufhin eine diesbezügliche Verfügung erhalten.

Ob das wahrhaftig, wird sich ja bald zeigen.

Ausland.

Choriam vertwigernde türkische Garnison. Die „Frankfurter Zeitung“ meldet aus Belgrad: Die verarmte, verachtete türkische Garnison in Serbien (Sanjak Novi-bazar) wegen Nichtauszahlung des Gehaltes den Choriam und ihrer von Mustafa Sadeh Kacha in einem Stall. Der Stall wurde unter Aufsicht von den Kanakonen Geben für die Soldaten annehm.

Aus aller Welt.

Die Ehe-Argodie der Kronprinzessin von Sachien neigt sich dem Ende zu. Dies Ende ist: träge Entleerung der Sackern und Unterordnung in die „Mädchen“ der Courten. Wie in Wiener „Mohlformierten“ Kreisen vertrieben wird, hat nicht Gern zu der Schiebten, sondern die Kronprinzessin zu Gern endgültig alle Beziehungen abgedreht. Man werde nunmehr die Erbprinzessin der Kronprinzessin in einer ihrer Wachen entsprechenden Weise odium und ihr einen bestimmten Wohnort in Dresden anzuweisen.

Die Rechtsanwältin Kadonak und Bedme telegraphierten an den Justizminister Dresden:

Prinzessin Luise, welche die Beziehungen zu Gern aufgegeben hat, hegt den dringenden Wunsch, ihren extraktiven Sohn, den Prinzen Christian, zu sehen. In ihrem Antrag ersuchen wir Sie, dem Kronprinzen die ehrenvollste Bitte vorzulegen, daß die Mutter am einige Stunden an das Krankenlager ihres Kindes treten darf. Prinzessin Luise wird nach dem Befehl Dresden wieder verlassen. Der nächsten telegraphische Antwort.

Die Annäherung der früheren Kronprinzessin von Sachien zu dem Vertreter der Kronprinzen, Justizminister Dresden, auf das Telegramm folgt die Antwort:

Seine Majestät der Kaiser hat die Erfüllung der gewünschten Bitte definitiv und unter allen Umständen abgelehnt.

Welche telegraphische Antwort erwidert ferner aus Dresden: Die von maßgebender Stelle betont wird, indem die Kronprinzessin von der Kronprinzessin in der Resolution nichts und im auf den Freitag am 11. Februar feinerlei Entzug aus. An eine Rückkehr der Kronprinzessin an den tschechischen Hof ist unter keinen Umständen zu denken. Beharrlich ist jedoch eine Auslieferung an die eigene Familie. Die Kronprinzessin dürfte Deinerseits zum dauernden Aufenthalt nehmen. Ob ein Wiedersehen mit den kronprinzlichen Kindern später einmal herbeigeführt wird, hängt von der Entscheidung des Kaisers nach dem erfolgten Urteilshof ab.

Die neue Herr im Kronprinzinnenrat. Eine näher Erklärung über die Ursache des Umsturzes in den Beziehungen der Kronprinzessin und Gern geht folgende Nachricht:

Der Rüstener Kronprinz von „Herr Rüstener“ erzählt vom dem Panie Lottiana nachfolgender Besatz, daß in der Mitte der Kronprinzessin von Sachien in den nächsten Tagen wahrscheinlich eine überraschende Werbung eintreffen wird. Die Kronprinzessin hat die Bekämpfung erlassen, daß ohne Heimatspapiere ihr Frankreich, Italien, die Schweiz, sowie alle anderen Länder verschlossen sind. Eine Bekämpfung Bekämpfung wird durch die Vorkehrungen der tschechischen Regierung gegen das zu erwartende Ende ebenfalls terretiert werden. Das diesem Grunde habe die Kronprinzessin die Großherzogin nicht nach Salzburg und zwar allein, ohne Gern, hätte gestattet werden, wenn Kaiser Franz Josef seine Zustimmung, wenigstens für die Zeit der Bekämpfung, gäbe. Man weiß am tschechischen Hof, daß die Kronprinzessin jetzt alle Bedingungen auszunutzen werde!

Deutscher Reichstag.

253. Sitzung. Sonnabend, 7. Februar 1903. 1 Uhr. Am Bundesratsstische: Graf Posadowsky.

Präsident Graf Posadowsky erklärt, daß er seine Verfügung über die Eröffnung des Verkehrs des Publikums mit den Abgeordneten bereits im vorigen Monat suspendiert habe; wenn es notwendig werden sollte, würde er sie wieder in Kraft setzen.

Auf der Tagesordnung steht die zweite Beratung des Staats des Reichsamts des Innern.

Beim Titel „Staatssekretär“ liegen die bekannten sozialpolitischen Resolutionen vor.

Die Sozialdemokraten fordern eine Abänderung der Gewerbeordnung, daß Betriebsaufsichtsbehörden unter Mitwirkung der Arbeiter nach demokratischen Grundsätzen und mit einer Reichs-Zentralaufsichtsbehörde an der Spitze errichtet werden. Weiter würde die Einführung einer Maximalarbeitszeit im Gewerbe, Industrie, Handels- und Verkehrswesen von vorläufig 10 Stunden verlangt, die innerhalb gesetzlich zu bestimmender Fristen auf 8 Stunden zu vermindern ist.

Das Zentrum (Abg. Gröber u. Gen.) fordert einen Gesetzesentwurf, durch den die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine auf Grundlage des bürgerlichen Gesetzbuches geregelt wird. Die Abgeordneten Rimborn (Str.) und Hepl zu Herrnsheim (nat.) fordern eine Abänderung der Gewerbeordnung dahin, daß der 10 stündige Normalarbeitstag jungen Leuten zwischen 14 und 18 Jahren (bisher 16) und allen Arbeiterinnen über 18 Jahren gewährt wird, für die bisher der 11 stündige Normalarbeitstag bestand; entsprechend soll die Beschäftigung dieser Arbeiterinnen an den Vorabenden der Sonn- und Festtage 9 Stunden (bisher 10) nicht überschreiten. Das Witteberg von Arbeit nach Hause an jugendliche Arbeiter und Arbeiterinnen soll untersagt sein, der Bundesrat soll aber für bestimmte Zwänge Ausnahmen zulassen dürfen.

Abg. Rimborn (Centr.): Das vergangene Jahr ist sozialpolitisch keineswegs unfruchtbar gewesen. Besonders Wert legen wir auf die Anbahnung einer Witwen- und Waisen-Versicherung (Kassen u. d. Soz.), die mit 261 gegen nur 35 Stimmen vom Reichstage angenommen ist. (Abg. Singer ruft: Sie ist auch danach.) Die Witwen- und Waisenversicherung war ein alter Wunsch meiner Partei, der Zolltarif hat uns die Gelegenheit und die finanzielle Grundlage zur Durchführung. Abg. Bebel meinte, wir nehmen 18 Mk. und geben nur 1 Mk. dafür zurück. (Abg. Singer: Sehr richtig!) Damit ist gleich gesagt, wie man in künstlichen sozialdemokratischen Verammlungen gegen uns operieren wird. (Abg. Singer: Sehr wahr! Weiterer links.) Das Reichsgericht ist aber fallig. Die Konventionen haben von dem Ziele allerhöchstens ein Drittel zu tragen. Das macht bei Kassen und Waisen eine Mehrbelastung von 2.90 Mk. pro Kopf und Jahr. Die Beiträge kommen nicht in Betracht, da wir eine fast vollständig durchgeführte Sperrre haben. Redner bezieht sich auf die sozialpolitischen Grundzüge der Session und spricht sich für den Maximal-Arbeitsstag aus, gegen den sich zu seinem Bedauern der Pardeismüller Müller mit Entschiedenheit erklärt habe. Es empfiehlt sich, nach handschriftlichem Muster eine Zusammenstellung der gesundheits-schädlichen Betriebe und der bezüglichen Schutzbestimmungen vorzunehmen. Dem Ergebnis der Erhebungen über die Arbeitslosigkeit setzen wir mit großer Spannung entgegen. Ueber Wohnungsfrage und Privat-Beamten-Versicherung werden meine Freunde Dr. Höpfer und Sittart sprechen. Im Verein mit dem Nationalliberalen haben wir eine Resolution wegen des tschechischen Reiches der Mitgabe von Arbeit nach Hause des Reichstages unterbreitet. Ueber die Frage der Krankenversicherungspflicht der Handwerkerarbeiten erheben wir Entwürfe der Regierung. Den Reichsanwaltschaften muß mindestens Gelegenheit zur Fortbildung gewährt werden. — Demgegenüber ist es, daß der zehn-stündige Normalarbeitstag für Frauen eingeführt, daß die Waisenämter erhöhter Stütz gewährt und das Schulalter für jugendliche Arbeiter heraufgesetzt wird.

Ende auf dem Gebiete des Arbeiterschutzes erfreuliche Ansätze vorhanden, so ist dagegen auf dem Gebiet der ökonomisch-rechtlichen Stellung der Arbeiter bezüglich wenig erreicht. Den Bestrebungen der Arbeiter auf Besserung ihrer Lebensverhältnisse muß, soweit sie sich auf dem Boden der herrschen Gesellschafterordnung bewegen, größere Bewegungsfreiheit gewährt werden. So lange die Verbundenen Regierungen sich nicht zu ernstlichen Reformen auf diesem Gebiete entschließen, haben sie sich nicht auf die Höhe der kaiserlichen Jahresmarke erhoben. Von der Erhöhung des Reichskanzlers, daß von einem Entstand der sozialpolitischen Gesetzgebung nicht gesprochen werden kann, nehme ich mit Betrübnis Kenntnis; eine handschriftlich überarbeitete Entwicklung müßte mir so wenig wie der Reichskanzler. Aber wir wünschen, daß der Geist wiederkehrt, der die Jahresmarke durchwachte, ein Geist, der, wenn er die französische Regierung des ancien regime befehl hätte, der großen Revolution des 18. Jahrhunderts vorzuziehen hätte. Bisher ist nicht einmal der Geist der Februarrevolution des Jahres 1848 abzuholen, es dem man die sozialpolitischen Bestrebungen der Regierungen und der Parteien des 20. Jahrhunderts weihen wird! (Lebhaftes Bravo! im Zentrum.)

Präsident Graf Posadowsky teilt mit, daß die Abg. Rüstener, Dessau und Dr. Bachnick einen Antrag eingebracht haben. Verordneten Regierungen zu erforschen, den im § 152 der Gewerbeordnung genannten Vereinigungen zur Wahrnehmung Berufsinteressen zu gestatten, ihre Bestrebungen auch auf Änderungen der Gesetzgebung zu richten.

Abg. Rüstener-Dessau (nat. Vog.): Als im Jahre 1899 Dezember Graf Posadowsky das Schlagwort von der „sozialpolitischen Schonzeit“ prägte, da jauchzte die Schatzkammerpresse und die Rechte schüttelte sich vor Beifall. Jetzt fließ die Parteien und die Zeitungen der Rechten, die „Dambach Nachrichten“ an der Spitze, sehr mißtraulich dem Reichskanzler gegenüber. Die Gleichberechtigung der Arbeiter ist noch nicht einmal der Gesetzgebung zum Ausdruck gelangt. (Sehr richtig! links.) Vor allem müssen die zahlreichen, noch bestehenden Schranken Koalitionsfreiheit weggeräumt werden; zu diesem Zweck haben Fremde den obigen Antrag eingebracht. Der Rest von Koalitionsfreiheit, den die Gewerbeordnung den Arbeitern läßt, wird noch durch die Beschränkung der Chifanen der Verwaltungsbehörden, die den Unternehmern dagegen mit der größtmöglichen Lebenswürdigkeit entgegenkommen. Das Streikverbot ist ohne welches größere Streiks überhaupt nicht durchführbar sind, den Arbeitern nicht verweigert werden; machen doch die Unternehmern ihrerseits reichlich Gebrauch von den „schwarzen Listen“ und doch der Verband der Glasindustrie die Arbeiter, die sich ihm mißliebige gemacht haben, direkt aus Deutschland zu vertreiben. Die Anerkennung der Berufsvereine ist von dem Reichstage wiederholt gefordert worden; hoffentlich kommt die Regierung bald dieser Forderung nach, die um so berechtigter ist, je mehr die Unternehmern sich in Trusts, Syndikaten und Ringen verbinden. Herr Rimborn ist völlig im Recht, wenn er meint, die Unternehmern mit den Februarerlassen offenbar die Bildung von Arbeitervereinen, Arbeiterkammern usw. beabsichtigt habe. Wir haben Handels-, Landwirtschafts-, Ärzte-, Handwerks- und Anwaltsvereine, aber immer noch keine Arbeiterkammern. (Sehr richtig! links.) Die Rechte, die immer gegen die Ausdehnung des Arbeiterrechts mühen, haben durch ihre Maßnahmen die Durchführung der Februarerlasse durchkreuzt.

Zur Gleichberechtigung der Arbeiter, die der Reichskanzler kont, gehört auch, daß sie Vertreter in die gesetzgebenden Körperschaften senden. Auch der Kaiser wünscht ja solche Leute aus der Werkstätte in den Parlamenten. Zur Erfüllung dieser Forderungen gehören aber Diäten. Und wie steht es in Einzelanfragen? Hier sind keine Fortschritte zu verzeichnen, was aber Rückschlüsse, wie z. B. in Sachsen. Es ist bezeichnend für die noch mangelnde Gleichberechtigung der Arbeiter, daß eigentlich ganz selbstverständliche Anwesenheit eines Regierungvertreter auf dem letzten Gewerkschaftskongress als gewaltsam Unerhörtes erschien.

Nach wie sind Arbeiter zu Schöpfen und Geschworenen genommen worden, obgleich Urteile, wie die Böbtauer, kläglich zeigen, wie notwendig die Beteiligung der Arbeiter an der Rechtsprechung ist. Um sie zu ermächtigen, muß Diäten eingeführt werden. (Sehr richtig! links.)

In der Behauptung des Reichskanzlers von der sozialpolitischen Ueberlegenheit Deutschlands — eine Behauptung, der die völkische Koalitionsfreiheit Englands mit ihren fernreichenden Folgen im entgegensteht — steht ein Stück befehligen nationalen Selbstlobs, das den Zentralverband der Industriellen in seinem völkisch-hängnisvollen Widerstand gegen die Ausdehnung der Sozialreform bestärkt. Ich bestreite übrigens, entgegen den Behauptungen des Herrn Reichskanzler, daß die Konturreisefähigkeit Deutschlands auf dem Weltmarkt durch die Arbeiterversicherung irgendwie geschwächt wird. Weit eher wird eine solche Schwächung durch die Zoll-erhöhungen erfolgen. (Sehr richtig! links.)

Der Kaiser ist nicht unterrichtet, wenn von der gesicherten Existenz der Arbeitersprache. Arbeiterversicherung schützt die Arbeiter höchstens vor der bittersten Not. (Sehr richtig! links.) Wer die Kosten der Witwen- und Waisenversicherung tragen soll, soweit sie nicht durch die Höhe deckt werden, hat uns Herr Rimborn bedauerlicher Weise nicht verraten. Der Reichskanzler erklärt, wir seien nicht reich genug, um Sozialpolitik in dem Tempo zu treiben, das Herr Bebel wünscht. Gewiß ist manches von dem, was Herr Bebel wünscht, unerfüllbar, aber um das auszuführen, was Herr Rimborn und ich wünschen, dazu sind wir reich genug. Die Sozialpolitik macht uns nicht ärmer, sondern im Gegenteil reicher. (Sehr richtig! links.) Wohlthaten für die Arbeiter illusorisch. Redner erörtert alsdann eine Reihe sozialpolitischer Anträge und Forderungen und verwirft u. a. das Verbot jugendlichen Arbeitern Arbeit mit nach Hause zu gehen als unzumutbar und zu Ueberretungen anreizend. Graf Posadowsky hat hoffentlich seine früheren Anschauungen völlig begraben. Mögen der Herr Wilow-Posadowsky noch manche schöne sozialpolitische Erfolge beiseit sein. (Beifall links.)

Abg. Warm (Soz.): Herr Köhler ist ein weißer Habitus von bürgerlichen Parteien, dessen Anschauungen kaum vor ihm nächsten Nachbarn geteilt werden. Auch Herr Rimborn steht mit seinen sozialpolitischen Anschauungen im Zentrum.

Freitag Abend ereignete sich auf der Hebe Duzo bei Buer ein schwerer Unglücksfall, indem drei Bergleute durch herabfallende Gesteinsmassen verunglückt wurden. Alle drei sind tot.

Donnerstag Abend fuhr der von Briesen kommende Personenzug am Bahnhofsübergang der Stettiner Straße in Eberswald auf einen mit Holz beladenen Wagen, der auf den Bahnkörper gefahren war, weil die Schranken nicht geschlossen waren. Die Maschine löste beide Breide; der Kattcher kam unversehrt davon. Der Zug war nicht beschädigt und konnte, nachdem das Eisenbahnweibeamte war, weiterfahren. Nach der Behebung der Schrankenwäre war das Vorwärtssignal seit mehreren Tagen nicht mehr in Ordnung; er muß dies auch dienstlich gemeldet haben.

Für vierzigjährige treue Dienste — eine Zigarre. Der „Heim. Zig.“ berichtet, daß ein junger Kolner Arbeiter von seinem Chef für vierzigjährige treue Dienste — eine Zigarre — erhalten hat, die er in Privatwohnung seines Arbeitgebers zu gelangen, dreißig Pfennige auf der Bahn verfahren. Am selben Tage hatte ihn ein Polizeikommissar, wie in der hiesigen Presse Köln zu lesen war, das vom Kaiser verliehene Allgemeine Ehrenzeichen überreicht. Die Arbeitskollegen des Mann hatten beschlossen, dem Manne gelegentlich dieses Festtags ein kleine Ueberraschung zu bereiten. Sein Arbeitsraum sollte festlich geschmückt werden. Der Arbeitgeber aber unterlegte das den Leuten — weil so was nur bei fünfzigjähriger Tätigkeit üblich sei.

Von Hundem gestressen. In Hiesgang im Bezirkamt Schongau schied der Bauer Max Straub sein etwa 9 Jahre altes Schützen in eine unfere geeignete Rüstung, um Rufe zu holen. Da der Rabe lange anhielt, machte sich die 15-jährige Schwester auf den Weg, um nach dem Bruder zu sehen. Schreckensvoll kam sie wieder zurück und in Ueile, daß sie die blutbesteckten Kleider der Bräutigam geschunden habe, diesen aber nicht. Am ging der Vater fort und dieser fand den Knaben als Leiche im Schnee. Es waren von Hundem, die benachbarten Bauern gebären, angefallen und zerrissen worden.

Ueber die neuen Dreyfus-Entscheidungen meldet das „Bureau Herald“ aus Paris: James wird bei Besprechung der Dreyfus-Affäre in der Kammer den Beweis erbringen, daß der Serbe Geraschki, welcher im Renner-Prozess als Belastungszeuge antrat, für seine Aussage bezahlt worden ist, ferner daß Dreyfus in Rennes und Paris infolge Justizwillkür eines gefälschten Schriftstückes während seiner Abwesenheit verurteilt und dieses Schriftstück den Mitgliedern des Kriegsrates durch die Gattin des Generals St. Germain überreicht worden ist. Weiter soll erwiesen werden, daß ein früherer Mitarbeiter des Obersten Henri, welcher Kenntnis von den Fälschungen hatte, ermordet worden ist.

Ein sehr hartes Urteil fällt das Kreisgericht der 18. Division gegen den Hauptmann Karl Höpfer von der 7. Kompanie des Infanterie-Regiments Nr. 41 in Paderborn. Am Abend des 11. Januar d. J. wurde der Angeklagte in argentinischem Zustande bei einem Einbruch in die Kasse eines Postgeschäfts verhaftet. Er wurde mit einem Hammer in die Hand und in die Schulter geschlagen. Die Kasse war mit Geld und Wertgegenständen gefüllt. Der Angeklagte wurde in der Kasse gefangen und in die Kasse geschlagen. Die Kasse war mit Geld und Wertgegenständen gefüllt. Der Angeklagte wurde in der Kasse gefangen und in die Kasse geschlagen.

Ein ganz neuer Trick hat im Berliner Lebensmittelhandel Eingang gefunden und ist gerade im Westen und in westlichen Boykott zur Anwendung gebracht worden. Nämlich dinstende Äpfel laden durch ihr feines Aroma zum Kauf an. Beim Verzehren müssen aber die Käufer die unangenehme Entdeckung, daß die Äpfel nichts nach fruchtbarer Konsistenz, also künstlich parfümiert sind. Die Verkäufer haben durch diese künstliche Parfümierung eine verlockende Botschaft auf gute Kunden an den Mann zu bringen, was ihnen ja auch bisher gut gelungen ist.

Völlig überrascht. Im Parlament des Berliner Lokalparlamentes fand sich vor langer folgende Aussage: „Dochercent und völlig überrascht gegen die Geburt eines kräftigen Jungen am 30. Januar, nach Frau, Johanna, am 30. Januar 1903.“ — Die Familie K. ist durch eine seltsame Unbefugung überrascht.

Verfälscht. Die aus Dresden gemachten, errigierten sich dort Sonntag früh bei den Anwesenheiten auf dem Ausstellungslande zwei schwere Unglücksfälle, nachdem ein Freitag von dem Mann und gleiche Zeit zu Ende gekommen sind. Zwei Personen klingen von den Händen und erlitten denat schweren Verletzungen, die an ihren Verletzungen gemeldet sind.

entlich vereinsamt da; die meisten seiner Freunde zeigen mit dem v. Dering zu der Meinung, daß man die Arbeitszeit des Arbeiters nicht verkürzen darf, weil er sonst zu viel denken könnte. Sehr richtig! b. d. Soz. (Hör! i. Hört.) Selbst Herrn Köstke zeigen mehrere unserer Anträge zu weit. Es ist aber eine unbestreitbare Tatsache, daß die Arbeiter, deren Lebensbedingungen am ungünstigsten, deren Arbeitszeit am kürzesten ist, am besten organisiert sind: das Glend läßt sich nicht organisieren. — Vom Regierungssicht aus ist in der letzten Zeit wieder vielfach mit der Behauptung operiert worden, dieser oder jener Kaiser sei der Urheber der sozialen Gesetzgebung. Aber gäbe es keine soziale Demokratie, keine Klassenbewußte Arbeiterchaft, so gäbe es keine soziale Gesetzgebung. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Die Fortschritt, die in gewisser Beziehung Deutschland vor England und Frankreich aufzuweisen hat, kommen ganz aus Konto der starken deutschen Sozialdemokratie. — Das Zentrum entdeckt sein sozialpolitisches Herz bezügenderweise immer kurz vor den Wahlen; während der ganzen Session hat es uns immer im Stich gelassen, wenn wir beantragten, was es jetzt zu fordern vorgibt. Sehr richtig! b. d. Soz.) Trotz Herrn Trimborn kann und wird der Arbeiter sich an den Fingern abzählen, daß die Zollversicherung ihm 1 Mk. beträgt. (Sehr richtig! b. d. Soz.) In mehreren Protestversammlungen haben Mitglieder christlicher Arbeitervereine sehr energische Töne gegen die Zentrumspolitik angeklungen.

Wir haben die von Ihnen so oft abgelehnten Initiativanträge als Resolutionen wieder eingebracht, damit das Land weiß, wer die wirklich ernsthaften Sozialpolitik treibt oder wer „man so tut“, wie der Berliner sagt. Es ist durchaus ein Trugschluß, wenn Herr Köstke meint, daß die Verkürzung der Arbeitszeit auf 10 Stunden ein Sinken der Lohnne in der Folge haben werde. Die Intensität der Arbeit steigt bei verminderter Arbeitszeit. Selbst wenn in einigen Industrien das Gehalt der Arbeiter sinken sollte, so haben doch überall die Arbeiter Klagen gemacht, daß man ihnen Zeit zur Erholung gäbe, die man auch nicht den Tieren verweigert. (Sehr richtig! bei den Soz.) Die Verkürzung der Arbeitszeit, die Festsetzung eines Maximalarbeitstages ist das Fundament jeder vernünftigen sozialen Gesetzgebung. Wir sind gegen ein totales Verbot der Frauenarbeit, auf welches das Zentrum neuere, wohl aber für eine Verkürzung der Arbeitszeit namentlich auch bei den Mädchen, auf welche die lange Arbeitszeit auch derartig ungünstig einwirkt, daß sie später Stände sind, gesunde Kinder zur Welt zu bringen.

Aber Zentrum und Regierung schreiten auf das Vansamste auf der sozialpolitischen Wege fort; über Dinge, die nur noch dekretiert werden könnten, wird diskutiert, man noch weitläufiger anquaten. Ich muß übrigens den Staatssekretär bitten, uns Auskunft über das letzte Rundschreiben zu geben, aus dem der Kommerzienrat Brandt in Mühlent-Glabach die Ueberzeugung gewonnen hat, die Regierung suche mit ihrer Enquete Material gegen die Verkürzung der Arbeitszeit. Man behauptet, die Arbeitszeit für Arbeiterinnen betrage durchschnittlich zehn Stunden. Warum fräut man sich denn gegen die gesetzliche Festlegung des Höchststundenmaßes? Vielleicht schäbt, um immer die Möglichkeit zu behalten, den Arbeitern mit der Verkürzung der Arbeitszeit zu drohen? (Sehr richtig! bei den Soz.) In Düsseldorf, wo durch Kommunalbeschlüsse der Fortbildungunterricht obligatorisch gemacht wurde, kündigten die Fabrikwerke ihren sämtlichen jugendlichen Arbeitern unter Zwanzig Jahren, weil sie nicht dulden wollten, daß die Junglinge während wöchentlich die Fortbildungsschule besuchten (Hör, hört! bei den Soz.) und die „Reinisch-Westfälische Zeitung“ schrieb, das man sie niemandem verkaufen. (Ernenes Hör, hört!) Immer überall läßt uns bei sozialpolitischen Aktionen das Zentrum im Stich; selbst Petitionen christlicher Arbeiter läßt es unerledigt fallen; nur zu papiernen Resolutionen ist es bereit. (Sehr richtig! bei den Soz.)

Es ist jetzt soviel von schlichten Leuten aus der Welt in die Rede. Mit solchen Tönen wird man die Arbeiter nicht angeln; sie haben ein gutes Gedächtnis und das Buchtause und Umsturzes, den Streikerlaß des Grafen Posadowski usw. nicht vergessen. Auf dem Gebiete der Gewerbeaufsicht sind einige technische Verbesserungen der Berichtstattung erzielt worden; es ist aber bei jener Besprechung, Dienstamtsweisung vom 13. November 1903 geblieben, wodurch von den Gewerbeaufsichtsbeamten über notwendige Änderungen der Erdringungen der Vorschriften über Arbeitseinstellungen, ferner der Ernährungsvorschriften über die Arbeiterverpflegung nicht gesprochen werden darf. Dadurch werden die preussischen Gewerbeaufsichtsbeamten auf das Niveau der sächsischen herabgedrückt, in denen den Bissen sich nur noch einige abfällige Bemerkungen über Arbeiterorganisationen finden.

Die neuen Berichte sind absolut verschlechtert. Der Staatssekretär wird dahin wirken müssen, daß die Aufsichtsbeamten alle reden dürfen, worüber sie reden wollen. Auch ist die Zahl dieser Beamten zu gering. 39 1/2 Prozent aller Betriebe werden nur einmal im Jahre revidiert. (Hör, hört! bei den Soz.) Die gewerblichen Einkünfte und Vergütungen lassen sich verhindern. Käst sich trotz aller Schutzmaßnahmen die Vergütung nicht verhindern, so muß der Fabrikationszweig beseitigt werden. Die Arbeiter scheuen sich häufig, aus Furcht vor Entlassung, dem Gewerbeaufsichtsbeamten Nachrichten zugehen zu lassen. Der einzige Ausweg ist, die Arbeiterorganisationen binanzuziehen. Infolgedessen hängt unser Antrag die Binanzziehung von Arbeitern als Disposition zur Gewerbeaufsicht. Unser Antrag will die Gewerbeaufsicht auch zur Reichsfrage machen. Heute herrscht auf dem Gebiete der Gewerbeaufsicht ein wahrer Sidaklaus in den einzelnen Staaten. Wie viel dabei von der Person abhängt, zeigt der Tod des Dr. Wörtschhofer. Herr Dr. Wörtschhofer war keiner der unfernen, er meinte vielleicht durch seine Tätigkeit was das Wasser abzuhalten. Doch seine Aufgabe als Beamter hat er voll erfüllt. (Sehr richtig! bei den Soz.) Raum war er tot, so wurden sämtliche Einrichtungen aufgehoben. Erst als die Besetzung fehlte, ist dieses Verbot später wieder aufgehoben worden. Was in Baden jetzt verboten ist, wird in Sachsen mit einem Erlaß erlaubt. (Säch. Geheimrat Fischer: Na, sehen Sie! Mitterkeit.) Aber 10 Jahre lang war es in Sachsen wiederholt verboten. (Sehr richtig! bei den Soz.) Seit Jahren haben wir zu sagen, daß die Gerichte nicht die geringste sozialpolitische Einsicht in gar kein Verständnis für den Arbeiterschutz besitzen. Uebertragungen der Gewerbeordnung durch die Unternehmer beurteilen sie immer auffallend milde. Schwere, grobe Vergehen werden lächerlich geringen Strafen geahndet. Ein Bau-Unternehmer wurde für den Einsturz eines Gerüstes, wodurch Arbeiter erschlagen wurde, zu 14 Tagen Gefängnis verurteilt. Hätte dieser Mann einen Artikel geschrieben, der nicht gepfeift wäre, gefesselt wäre er durch die Straßen geführt und jahrelang eingesperrt werden. (Sehr gut! b. d. Soz.) Die Gelegenheit möchte ich den Staatssekretär fragen, ob die Arbeitersekretariate anmeldspflichtige Gewerbebetriebe seien. Das Bundesgesetz in diesem Sinne einschließen. — Der Berliner Professor Lewin hat sehr dankenswert darauf hingewiesen, daß die gewerblichen Vergütungen als Betriebsunfälle aufgeföhrt werden können. Würde auch das Reichsversicherungsamt die Vergütungen als Unfall auslegen, dann hätten wir heute weit bessere familiäre Verhältnisse in den Fabriken. (Zustimmung b. d. Soz.) Angesichts der immer mehr häufenden Kleinvergiftungen müssen wir ein Verbot der Herstellung von Bleiweiß verlangen. Die Zahl der Unfälle ist geflogen, trotz der sich immer mehr häufenden Unfälle. Vor 10 Jahren war es, als sogar der deutsche Kaiser der Landwirtschaft außerordentlich vernachlässigt wurde. Das gilt ja bei Ihnen (nach rechts) nichts. Bei Ihnen gilt der Zwang, nicht Ermahnung. Im letzten Jahr hat sich die Zahl der Unfälle in der Landwirtschaft verdreifacht. (Hör! Hör!) Graf Posadowski spricht immer von den großen Kosten, die der Unternehmer zu tragen haben. Dabei kommen in der Landwirtschaft auf 1000 Mark Lohn 12 Renteia Pensionen.

Die Krupp'schen Werke mit der berühmten Pensionistenklasse will ich noch besprechen. Dieser Klasse müssen alle Arbeiter beitreten und 2 1/2 Proz. ihres Tagesverdienstes als künftigen Beitrag zahlen. Was sie vor dem 18. Lebensjahre eingezahlt haben, wird ihnen nicht angerechnet, und jeder Arbeiter, der entlassen wird oder kündigt, verliert alles, was er eingezahlt hat. Im Jahre 1899 wurden 30 Proz. der Mitglieder der Klasse entlassen. Was nach künftlich durch eine Zurechnung von 3 Millionen erhöht ist, wenn deswegen die Pensionen nicht erhöht oder die Beiträge nicht erniedrigt werden. Eine solche Einrichtung können die Arbeiter nur mit Groll und Unmut empfinden. Eine große Versammlung der Krupp'schen Arbeiter hat kürzlich gefordert, alle Einkünfte zur Regelung des sogenannten Wohlfahrtsklassenwesens verlangt. Ein christlicher Arbeiter wandte sich dagegen, als ob Humanität das Motiv zur Schaffung dieser Einrichtung gewesen sei. Aus Furcht ihr Geld zu verlieren, werden die Arbeiter zu willenslosen Werkzeugen des Unternehmers. Wie viel sich die Arbeiter gefallen lassen müssen, dafür nur ein Beispiel. In Vegesack auf der Werft des „Bremer Vulkan“ pflegen die Arbeiter einem verunglückten Kollegen das letzte Geleit zu geben. Das viele Feiern der Arbeiter wurde aber der Direktion unangenehm und als wieder ein Schiffszimmermann verunglückte, wurde den Arbeitern seiner Abteilung die Beteiligung an dem Begräbnis verboten. Die Direktion sagte, als die Arbeiter bereit waren, die Geldstrafen wegen der Arbeitsverweigerung zu tragen: „Wenn Ihr geht, dürft Ihr eine Woche lang nicht wieder kommen.“ (Hör! Hör! b. d. Soz.) Als nun die Arbeiter der Abteilungen des „Vulkan“ erklärten, daß heute die Forderung des „Vulkan“ erkläre, daß sie die gesamten 2500 Arbeiter eine Woche lang brotlos machen wolle. (Hör! Hör! b. d. Soz., Hr. Unruhe.) Das ist ein Vergehen, das auf das schärfste gerügt zu werden muß. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Und hien sieht kein Geleit. Hier klafft unüberbrückbar die Kluft zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Zwischen Unternehmern und Arbeitern gibt es nur ein Hilfen und drücken, nur Kampf. Dieser Kampf ist kein Kampf von Berlin zu Berlin, sondern ein Kampf der Organisation gegen die Organisation, und wenn man jetzt auch an höher Stelle einsteht, daß den Arbeitern die gesetzliche Gleichberechtigung gebührt, so muß ihnen auch die Möglichkeit zur Verwirklichung dieser Gleichberechtigung gegeben werden, Vereinsrecht, Koalitionsfreiheit. Das aber will der Unternehmer nicht. Sie (nach rechts) sagen ja gerade heraus, daß Sie Freunde der Koalitionsfreiheit sind, daß sie sogar neue Ausnahmegesetze wollen. Das ist wenigstens eine ehrliche Genaueschaft. Aber es gibt noch andere, die mit schönen Nebensätzen die Arbeiter zu belügen suchen. Wenn sich aber denn der Arbeiter in der Not auf diese angeblichen Freunde verlassen will, so ist er ein verlassener Mann. Nur durch die Organisation wird der Arbeiter sein Ziel erreichen. Trotz aller Ihrer Wettkäufe jetzt kurz vor den Wahlen werden die Arbeiter doch einsehen, daß sie nur durch ihre eigene Kraft, nur durch ihre eigenen Vertreter ihre volle Gleichberechtigung erreichen können. (Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Badischer Bundesratsbevollmächtigter Dr. von Jagemann: Der Abg. Wurm hat den Nachfolger des Herrn Wörtschhofer einen Mann von rüchlicher Tendenz genannt, dem Minister Schenk das Wort in den Mund gelegt: Wir brauchen keinen Wörtschhofer mehr. Dieses Wort ist weder dem Wortlaut, noch dem Sinne nach gefallen. Der Minister hat im Gegenteil gewünscht, daß die Fabrikarbeit in die Hände Wörtschhofers weitergeführt werde. Der neue Leiter der badischen Fabrikinspektion hat sich schon in Westdeutschland das Vertrauen der Arbeiter erworben. Herr Wörtschhofer selbst hat gesagt, der wisse Radikalismus der Agitatoren schädige die berechtigten Forderungen der Arbeiter. Dieses wahre Wort sollte auch bei Ihnen (zu den Soz.) Beachtung finden. Hierauf wird die Weiterberatung auf Montag 1 Uhr vertagt.

Partei-Angelegenheiten.

Gemeindevahlen. Die Gemeindevahl in Langenheffen in der Zwilauer Gegend war für ungültig erklärt worden. Bei der abermaligen Wahl wurde nun ein Parteigenosse gewählt, was vorher nicht der Fall gewesen war.

Je ein Parteigenosse wurde auch gewählt in Calvörde und Windhausen in Braunschweig. Im letzteren Orte sind jetzt alle drei Mandate der dritten Klasse in unserem Besitz.

Bürgerwahlenwahl in Muggensturm in Baden. Von 235 Wählern der dritten Abteilung haben 174 abgestimmt. Auf den Vorschlag der sozialdemokratischen Partei wurden 111 bis 120 Stimmen abgegeben, auf den des Zentrums nur 52 bis 60. Also ein schöner Erfolg für unsere Partei!

Arbeiterbewegung.

Die Jungbäckertochter in Berlin und den Vororten haben am vorigen Sonnabend beschlossen, am nächsten Montag in den Ausstand einzutreten, falls bis dahin die Brauereibewerben von den Rutschern neu ausgearbeiteten Tarix nicht anerkennen.

Der Streik in Amsterdam. Gegenüber einem erneuten Aufmarsch des Flakkommandanten an die Truppen steht eine Anforderung des Transportarbeiterorganisationsvorstands an die Arbeiter im Meer. Sie sollten, sagt der Aufmarsch, ihrer Pflicht als Arbeiter eingedenk sein und nicht vergessen, daß ihre Väter und Brüder möglicherweise ihnen gegenüberstünden. Inzwischen verzicht sich die Gefahr immer mehr. Auch die Arbeiter der anderen Betriebe, ausgenommen die Wasserleitungsleute und die Gärtner, beschlossen, den Streikbeischluß aufzugeben. Wie ernst die Lage ausgefallen wurde, geht daraus hervor, daß die Verklüftung des Belagerungszustandes bereits zu erwarten war und in den Krankenhäusern Maßregeln getroffen wurden. Auch der Rutschereit dürfte bald beendet sein.

Lokales und Provinziales.

Dreslau, den 7. Februar.

Zur Beachtung für die Wähler! Schon einmal haben wir unseren Lesern ein genaues Verzeichnis sämtlicher schlesischer Abgeordneten gegeben, welche im Reichstages für bezw. gegen die Anträge Rischbichler, Kardorff und Grober stimmten, sowie schließlich den Zolltarif annehmen bzw. ablehnten.

Bezüglich der drei angenommenen Anträge sei wiederholt hervorgehoben, daß der Antrag Rischbichler die namentlichen Abstimmungen beseitigte, der Antrag Kardorff den ganzen Zolltarif mit seinen 946 Positionen in den § 1 des Zollgesetzes hineinpreste, um jede eingehende Debatte unmöglich zu machen, der Antrag Grober die Nachbefugnisse des Präsidenten in Fragen, die die Geschäftsordnung betreffen, in einer Weise erweiterten, daß die Oppositionsparteien im Kampfe gegen den Zolltarif der Willkür des Präsidenten ausgeliefert wurden bzw. auch in der Zukunft ausgeliefert werden können. Alle drei Anträge dienen aber in hervorragendem Maße dazu, die Opposition mundtot zu machen und den durch diese Gewalt- und Rechtsbrüche zustande gekommenen Zolltarif durchzusetzen und endlich durchzuführen.

Im nachstehenden geben wir also abermals eine vollständige Liste der schlesischen Abgeordneten aller Parteien mit dem Hinweis hinzu, daß die lateinischen Buchstaben in der zweiten Rubrik die Parteirichtung der Abgeordneten angeben.

Fr. = Freisinnige Volkspartei, Fg. = Freisinnige Vereinigung. Die fettgedruckten Namen bezeichnen die sozialdemokratischen Abgeordneten:

Wahlkreis	Abgeordneter	Partei	Partei	Partei	Partei	Partei
Reg.-Bez. Breslau.	1. Gühran-Stemau	v. Garmser R.	Ja	Ja	Ja	Ja
	2. Müllisch-Trebnitz	v. Salisch R.	Ja	Ja	Ja	Ja
	3. Wartenberg-Dels	v. Kardorff Rp.	Ja	Ja	Ja	Ja
	4. Namslau-Brig	v. Spiegel R.	Ja	Ja	Ja	Ja
	5. Ohlau-Kampritz	K. Kauer	Nein	Nein	Nein	Nein
	6. Breslau (St)	Bernstein	Nein	Nein	Nein	Nein
	8. Breslau-Neumarkt	v. Limburg-Sittum R.	Ja	Ja	Ja	Ja
	9. Striegau-Schweidnitz	v. Rischbichler R.	Ja	Ja	Ja	Ja
	10. Waldenburg	v. Sacht	Ja	Ja	Ja	Ja
	11. Riechen-Neurode	v. Maguis R.	Ja	Ja	Ja	Ja
	12. Glatz-Habelschwerdt	Hartmann R.	Ja	Ja	Ja	Ja
	13. Frankenstein-Münsterberg	Langst R.	Ja	Ja	Ja	Ja
Reg.-Bez. Gloggnitz.	1. Gänberg-Freyshadt	Mantel Rp.	Nein	Nein	Nein	Nein
	2. Sagan-Sprottau	Müller Rp.	Nein	Nein	Nein	Nein
	3. Hr. Gloggnitz	Hoffmeister Rp.	Nein	Nein	Nein	Nein
	4. Pöben-Bunzlau	Schmider Rp.	Nein	Nein	Nein	Nein
	5. Löwenberg	Popp Rp.	Nein	Nein	Nein	Nein
	6. Vandenbusch-Jauer	— (Kaufmann t)	Nein	Nein	Nein	Nein
	7. Schönau-Niesberg	Dermes Rp.	Nein	Nein	Nein	Nein
	9. Landau-Görlitz	Diel Rp.	Ja	Ja	Ja	Ja
	10. Rothbar-Dobrußau	Liders Rp.	Ja	Ja	Ja	Ja
	v. Arnim Rp.	v. Arnim Rp.	Ja	Ja	Ja	Ja
Reg.-Bez. Oppeln.	1. Kreuzburg-Neuberg	v. Hohensalbe-Debr. R.	Ja	Ja	Ja	Ja
	2. Oppeln	Grunia R.	Ja	Ja	Ja	Ja
	3. Hr. Streblitz-Köfel	v. Wollast R.	Ja	Ja	Ja	Ja
	4. Lublitz-Gleiwitz	v. Balleström R.	Ja	Ja	Ja	Ja
	5. Reuthen-Larnowitz	Steyhan R.	Ja	Ja	Ja	Ja
	6. Rattowitz-Bratzke	Letocha R.	Ja	Ja	Ja	Ja
	7. Pleß-Rybnik	Kaltin R.	Ja	Ja	Ja	Ja
	8. Ratibor	Frank R.	Ja	Ja	Ja	Ja
	9. Leobischütz	Wlofe R.	Ja	Ja	Ja	Ja
	10. Neutadt	Strzoba R.	Ja	Ja	Ja	Ja
	11. Falkenb.-Gotttau	Gubrich R.	Ja	Ja	Ja	Ja
	12. Neisse	Horn R.	Ja	Ja	Ja	Ja

Mögen alle diejenigen, welche mit uns der Meinung sind, daß der Zolltarif eine schwere wirtschaftliche und politische Gefahr für Deutschlands Zukunft in sich birgt, sich die Namen derjenigen, welche die Gewalt- und Rechtsbrüche unterstützen und dem Wuchertarif zugestimmt haben, fest einprägen und am Wahltage nur den sozialdemokratischen Kandidaten ihre Stimme geben.

* **Auf dem schlesischen Parteitag** hatte bekanntlich der Genosse Bernstein den Delegierten empfohlen, in solchen Orten, wo der Sozialdemokratie keine Lokale für Versammlungen zur Verfügung gestellt werden, irgend ein Lokal recht rege zu beschaffen und allmählich den Wirt und die Kundenschaft dahin zu erziehen, daß eine gewisse Kundenschaft sich wegzieht und die Arbeiterkundschaft bleibt. Auf diesem Wege würde es bald gelingen, den Wirt davon zu überzeugen, daß sein eigenes materielles Interesse es erheischt, wenn er der sozialdemokratischen Arbeiterkundschaft auch sein Lokal zu Versammlungszwecken zur Verfügung stellt. Die „Schlesische Zeitung“ ist selbstverständlich sehr ärgerlich über diesen Rat des Genossen Bernstein, denn sie bemerkt dazu:

Wenn erst die bürgerliche Kundenschaft eines Lokals für immer weggegraut ist, haben die „Genossen“ natürlich den Wirt in der Hand und brauchen auch um ein Lokal für ihre politischen Versammlungen nicht mehr verlegen zu sein. Da die Delegierten wohl nicht verfehl haben werden, den guten Rat Bernsteins den Genossen in der Provinz mitzutheilen, so dürfte leicht der Fall eintreten, daß gerade solche Wirte, die bisher von den Sozialdemokraten nichts wissen wollten, über kurz oder lang durch einen besonders gütlichen und ausdauernden Zuspruch dieser Gäste erweckt werden.

Wir können der „Schlesischen Zeitung“ jedenfalls versichern, daß wir den Genossen im Lande dieses Mittel des „umgekehrten Boykotts“ bei jeder Gelegenheit warm empfehlen werden und hegen dabei die Hoffnung, daß wir recht bald über die Erfolge in dieser Beziehung berichten können.

* **Die Stadtverordnetenversammlung tritt am Donnerstag, den 12. Februar, Nachmittags 4 Uhr, zu einer Sitzung zusammen.** Etwa fünfzig alte Vorlagen sind zu erledigen, von welchen allerdings nur einige von größerer Bedeutung sind. Dahin zählen wir besonders die beantragte Schulgeldderhebung an der Fortbildungs- und Handwerkerschule. Nur fünfzehn neue Vorlagen kommen dazu. Sie beziehen sich auf Festlegung von Fluchtlinienplänen für einen Teil der Ohlauerstraße, für die Schützenstraße wie für die Anlegung einer Straße durch den Riembergshof. Der letztere Plan ist natürlich Zukunftsmusik, es wird einer späteren Zeit überlassen bleiben müssen, die großen Kosten, die diese so wichtige und notwendige Straße erfordert, zu tragen. Immerhin aber muß der Plan durch eine Fluchtlinienfestlegung für die Zukunft gesichert werden. Eine Vorlage von allgemeiner Bedeutung ist die beantragte Abänderung des Ortsstatuts betr. die gewerbliche Fortbildungsschule. Endlich sind die Verhandlungen der Stadt Breslau mit der Staatsregierung über das hiesige Fortbildungsschulwesen zum Abschluß gekommen und vom 1. April d. Js. ab wird nunmehr der Zwangsbesuch, zunächst für den jüngsten Jahrgang die nach dem 31. März 1888 geborenen und der allgemeinen Schulpflicht nicht mehr unterliegenden gewerblichen Arbeiter, eingeführt werden. Die Vorlage enthält mehrere Änderungen des bisherigen Ortsstatuts, entsprechend den mit der Staatsregierung getroffenen Vereinbarungen. Die wesentlichste ist die Bestimmung, daß die Schulpflicht nur bis zum 17. Lebensjahr, statt wie bisher bestimmt bis zum 18., gelten soll.

Im weiteren bringen die neuen Vorlagen nur einige Vorkauf- und Lieferungsfragen, Verleihung von Stipendien und Anstellungen.

* **O, welche Lust, welche Lust zu sein!** Diesem Grundsatz scheint ein großer Teil der waffenfähigen Jugend im Landgerichtsbezirk Ratibor n. h. zu huldigen. Nachdem erst kürzlich über 30 Wehrpflichtige wegen Entziehung der Wehrpflicht in cont. r üblichen Selbststraße von 185 Mk. zurückerhalten wurden, sind nunmehr weitere 30 Wehrpflichtige in Ratibor n. h. zurückerhalten worden.

wieder 28. und am 20. April cr. sogar 52 junge Leute wegen dieses Vergehens vor der hiesigen Strafkammer zu verantworten.

Machtung, Wasser und Anstreicher! Der Malerverband teilt uns zu dem Bericht über die Verhältnisse bei der Firma Cohn folgendes mit: Nach sorgfältigen Erkundigungen, welche wir gemacht haben, müssen wir die in Nr. 26 der „Volkswacht“ behaupteten Unbehörden als erwiesen betrachten. Wenn Herr Cohn im ersten Fall seinen Leuten 10 und 12 Mark Lohn gezahlt hat, so haben wir doch diesen Umstand gar nicht in den Kreis unserer Betrachtungen gezogen. Es war die Rede nur davon, unter welchen Bedingungen die Kollegen jetzt nach Berlin fahren sollten, und da hat Herr Cohn tatsächlich von ein paar Pfennigen Lohnzulage gesprochen, das Arbeiten von Ueberstunden wird ebenfalls von Herrn Cohn nicht in Abrede gestellt. Die fortgesetzte schlechte Behandlung der Kollegen durch den Vorkämpfer im jüdischen Krankenhause sind erwiesene Tatsachen, wir können heute noch hinzufügen, daß zum Reinigen der Hände verfügbares Wasser und die Seife seitens des Werkführers den dort arbeitenden Kollegen vorenthalten wurde. Wie übrigens Herr Cohn zu seinen Leuten kommt, erhellt aus der Tatsache, daß der Anstreicher Mittel, welcher die gerügten Unbehörden in unserem ersten Artikel nicht widerrufen wollte, sofort entlassen wurde. (Damit dürfte diese Angelegenheit an dieser Stelle wohl erledigt sein. Die Redaktion.)

Aus dem Kunstgewerbe-Museum. Dienstag, den 10ten Februar, findet der Vortrag des Herrn Geheimrat Dr. Richard Bräuer, Professor an der Universität Breslau, über „Die Kunst der Renaissance und die Philosophischen Gemälde“ statt. Der Vortrag wird durch Vorführung von Bildnissen erläutert werden.

Ein Mord hat sich in der Nacht zum 8. d. M. Stadtgasse Nr. 22 ereignet. Das Haus zählt zu den ältesten jenes Stadtteiles, besitz nur zwei Fenster Front und weist lauter kleine Stübchen auf, zu denen man auf einer schmalen, finsternen Treppe den Zugang erhält. Im ersten Stock dieses Hauses ist Nachts die Süßbrot-Schneiderin Maria Jargosch in ihrer eigenen Wohnung erdrosselt worden.

Der Tatbestand ist nach den amtlichen Ermittlungen etwa folgender: Der Gelegenheitsarbeiter Ernst Tollmann, Schubbrücke 47 wohnhaft, hatte am 7. d. M., spät Abends, nach dem Verlassen einer Restauration auf der Kienlinierstraße, auf der Messergasse die Bekanntschaft jenes Mädchens gemacht und folgte demselben in dessen Wohnung, Stadtgasse 22. Morgens gegen 4 Uhr vernahm nun Hansbewohner Anzeichen dafür, daß in der Wohnung der Jargosch sich etwas Besonderes ereignen müsse. Als sich mehrere Frauen der Wohnung, in deren Türe der Schlüssel von außen sicke näherten, verständigend plötzlich das Geräusch Sicherheitshalber schloßen sie die Tür, welche auch noch von innen verriegelt war, ab und wollten Hilfe herbeiholen, da klopfte es plötzlich ganz heftig von innen an der Wohnungstür, und mit verstellter Stimme wurde um Öffnung der Tür ersucht. Die Frauen glaubten, daß die Jargosch mit ihrem Koffer, und öfneten daher die Tür. In diesem Augenblick stürzte ein Mann aus der Wohnung und stürzte ohne Schande die Treppe hinab in den Hausflur. Da die Haustür verschlossen war, rüßte er mit solcher Gewalt an dem Schloß, daß die Tür einen Sprung erhielt. Unter Benützung dieses Risses brach er aus der Tür eine Füllung aus, Kette durch die enthaltene Öffnung auf die Straße und entließ. Die Frauen hatten aber inzwischen die nach der Straße zu gelegenen Fenster angetrieben und riefen um Hilfe. Zwei Polizeibeamte kamen herbeigeeilt, machten sich sofort an die Verfolgung des Flüchtigen, und es gelang ihnen, denselben in der Nähe der Kupferschmiedstraße festzunehmen. Auf der Wache erzählte er zunächst, er sei bei einem Einbruch beteiligt gewesen und habe, auf frischer Tat ertappt, die Flucht ergreifen müssen. Diese Angabe konnte er nicht lange aufrecht erhalten. Beim Betreten der Wohnung der Jargosch hatte man nämlich die Befehle sofort auf dem Bett liegen gefunden. Ein Arzt stellte dem offenbar durch Erwürgen erfolgten Tod fest. Tollmann wurde nun sofort der Kriminalpolizei vorgeführt, und dort gestand er schließlich ein, die Jargosch ermordet zu haben. Er habe nach seinem Erwachen bemerkt, daß ihm das Mädchen 10 Mark entwendet habe; es sei darüber zwischen ihnen beiden zu einem Wortwechsel gekommen, bei welchem er dem Mädchen einige Schläge ins Gesicht versetzt habe. Um das Mädchen am Schreien zu verhindern, habe er es dann so lange gewürgt, bis es ruhig und still geworden sei. Der im Jahre 1877 geborene Mörder will bei Betreten des Hauses Stadtgasse 22 noch 15 Mark in Besitz gehabt haben, und zwar 5 Mark eigenen Geldes und 10 Mark von seinem als Haushälter in Schanitz beschäftigten Bruder.

Sonntag Vormittag fanden sich in der Wohnung der Ermordeten Vertreter der Polizei und eine Gerichtskommission zur Aufnahme des Tatbestandes ein. Von der Leiche und dem Tatorte wurden photographische Aufnahmen gemacht.

Eine männliche Leiche im Alter von 50 bis 60 Jahren andert an der Döwiger Fähre. Bekleidet war dieselbe mit schwarzer

Dose, Weste und Jackett. Personalien konnten nicht ermittelt werden. **Erkrankt ansaefanden.** Am 6. d. Mts., Nachmittags, wurde auf der Berliner Chaussee ein Arbeiter in schwerem Zustand aufgefunden. Er wurde der hiesigen Klinik zugeführt.

Jugendliche Betrüger. Freitag Abend kamen zwei Schulkinder in ein Geschäft auf der Klosterstraße und erluchten angeblich im Auftrag eines in Groß-Ischanitz wohnenden Kaufmanns von Verabfolgung von 10 Pfund Pfeffer. Der Geschäftsinhaber schloß indes Verdacht, und erhielt auf eine telefonische Anfrage den Bescheid, daß der Kaufmann in Groß-Ischanitz einen derartigen Auftrag nicht erteilt hatte. Die beiden Knaben wurden daraufhin ins Verhör genommen und erklärten, den Auftrag zur Abholung des Pfeffers von einem in der Nähe auf sie wartenden jungen Mann erhalten zu haben. Es gelang auch auf diese Weise, den betrügerischen Burschen festzunehmen und zur Verhaftung zu bringen.

Gestohlen wurden: einem Bäckergehilfen von der Rembrandtstraße eine silberne Zylinderuhr und 3 Mk., aus einer Wohnung auf der Paradiesstraße sechs Kopfstützen, zwei Unterbetten und ein Deckbett mit rotem Julett, einem Weichenfeller von der Neuen Laurentienstraße aus einer Bodenlampe ein Paar langschläftige Stiefeln und ein Paar Samaschen und aus der Wohnung eines Ofenheizers auf der Großenstraße 41-50 Mk. Ferner wurde in eine Wohnung auf der Neuen Sandstraße ein Einbruch ausgeführt; der Täter bediente sich eines Nachschlüssels und entwendete fünfzig Pfund Zigaretten (Polakowskisch), eine Flasche Rum und mehrere Pfund Wurst. Ferner wurden aus einer Bodenlampe auf der Altenstraße elf rotgepunktete Kattunkinderkleider und ein braunrotgestreiftes Flanellkleid und einem Handelsmann auf der Goldenen Kugelstraße ein Pferdegeschirr im Werte von 20 Mk. gestohlen. Einer Milchfrau wurde gestern Morgen in der Siebenbürgenstraße eine Milchkanne mit Inhalt gestohlen.

Ein Einbruchsdiebstahl wurde am Sonnabend Abend zwischen 9 und 10 Uhr in der Heeger'schen Brennerei verübt. Aus einem Stalle im Hofraum wurden 11 Kaninchen und 2 Hühner gestohlen.

Festgenommen wurde ein Arbeiter, der in einem Hause auf der Auguststraße einem Anstreicher verschiedene Kleidungsstücke gestohlen hatte. — Festgenommen wurde ein Arbeiter, der von einer Dreifache einen Pelz und einen Mantel gestohlen hatte. — Ferner wurde ein Schuhmacher verhaftet, der sich bei einem Einbruch auf der Schubbrücke beteiligt hatte.

Polizeiliche Maßnahmen: In das Polizeigefängnis wurden am 6. d. Mts. 28 Personen eingeliefert. — Gefunden wurden: ein goldenes Fingerring, ein Fingerring und eine goldene Damenuhr. — Abhandelt kamen: ein Wagenrad und eine blaue Leiche, enthaltend ein Portemonnaie mit 6-7 Mk.

Megala. 6. Februar. Die Affäre „Kort“ alias Fromm. Vor etwa vier Wochen erfolgte hier, wie berichtet, plötzlich die Verhaftung eines Mitgliedes des hiesigen Stadttheaters, des Schauspielers „Kort“, der mit bürgerlichem Namen aber Karl Fromm heißt. Fromm alias Kort hatte sich an einem dreizehnjährigen Mädchen, das mitunter in kleineren Rollen verwendet wurde, in unzüchtlicher Weise vergangen. Er stand deshalb jetzt vor der hiesigen Strafkammer, wo außer dem Mädchen noch ein anderer junger Mann geladen war, auf den sich der Angeklagte zu seiner Entlastung berufen hatte. Fromm ist 20 Jahre alt und aus Belgien gebürtig, wo er einer angesehenen Kaufmannsfamilie entstammend ist. Die Verhandlung wurde unter Ausschluß der Öffentlichkeit geführt. Durch das öffentlich verkündete Urteil wurde er des Sittlichkeitsverbrechens in zwei Fällen für schuldig erklärt und unter Verhängung milderer Umstände zu einem Jahr sechs Monaten Gefängnis verurteilt.

Schwan. 7. Februar. Tod infolge Erkrankung an Tollwut. Vor einigen Tagen starb in Lischendorf, Kreis Goldberg-Hayman, der Lehrgärtner Engemann infolge Erkrankung an Tollwut. Am 24. Januar erkrankte Engemann an Schlingkrämpfen und Krämpfen, zu denen sich zeitweise Krämpfe der Rückenmuskeln gesellten. Dann trat hochgradige, zeitweise zornige Wut ein, wobei der Kranke von mehreren Personen gehalten werden mußte. Infolge Erschöpfung trat der Tod ein. Es wurde festgestellt, daß Anfang November 1902 der Hund mit Engemann das Lager teilte, in verschiedene Gegenstände gebissen hatte und bald darauf verendet war. Im Dezember verendete die Gage und im Januar ein Schwarm Engemanns unter Krämpfen. Zunächst wurden die Kadaver nicht untersucht; doch ist anzunehmen, daß ihr Tod durch Bisse des Hundes erfolgt ist. Zunächst ist die Erkrankung des Engemann an Tollwut darauf zurückzuführen, daß der Hund ihn die Hand geleast hatte und dadurch Tollwut auf Engemann in eine kleine Hautverletzung übertragen hat.

Schulberg. 7. Februar. Tot aufgefunden wurde am Mittwoch Morgen von Hundsbauern auf dem Felde unweit des Kirchhofes ein hiesiger Mann von ziemlich reduzierter Ansehens; um ihn herum lagen verschiedene kleine Münzen gestreut. In dem Leibe wurde der hiesige Schützenmeister Vogel aus Landes-unterschiedlich, ermittelt, welcher hier unter dem Namen „Kugel-Schütze“ bekannt war und hier durchschickte. So auch Dienstag Abend, nach Jandens von Borksteinen reiste er spät weiter und ist

anscheinend krank, hilflos der Kälte zum Opfer gefallen, gerade an seinem sechzigsten Geburtstag. — Traurige der Zeit.

Sauban. 5. Februar. Vergiftung durch Wasserhähner. Schulkinder aus Neuhaus i. B. fanden eine Wurzeln und vergifteten sie. Bald darauf traten in „Laubaner Lager“ berichtet, bei den beiden Knaben Vergiftungserscheinungen ein. Der eine wurde durch verabreichte Gegenmittel, der andere starb, bevor ärztliche Hilfe gekommen war.

Orteg. 7. Februar. Privatität. Beim Betriebe der Eisenbahnlinien nach Nikolai und Gollschütz sind wiederholte Einführungen der Eisenbahnzüge und Störungen Eisenbahnbetriebes erfolgt, die teils in frevelhafter Weise, teils in selbstwillehigem Mutwillen verübt, nicht nur bedeutenden Schaden Material der Bahn, sondern auch den Verlust an Menschenleben Folge haben können. So sind Schienen gelockert, Schwelgerkämme und andere Gegenstände auf die Schienen die Frächte der Telegraphen- und Telephonleitungen durchschnitten und gestohlen worden. Auch sind in den Bahnhöfen, in den Wägen, in den Güterzügen, in den Zügen selbst durch grundloses Zurufen, sowie durch Belästigungen der Bevölkerung selbst, wird heftigste Unruhe durch eine Verletzung des Landrats v. Soffitz auf die strafrechtlichen Folgen dieser Verbrechen hingewiesen.

Jaborze. 6. Februar. Grubenunfall. Beim einer neuen Weilerstraße wurden heute auf der Luisenstraße beide Weilerhäuser Jaborze und Dida von herabfallender verschüttet. Nach längerer, schwerer Arbeit gelang es, beide unglücklichen noch lebend unter den Kohlenmassen hervorzuholen. Dida wurde so schwer verletzt, daß wenig Hoffnung vorhanden ist, ihn am Leben zu erhalten. Die Verletzungen des J. sind schwerer Natur. In zwei Wagen wurden die Verunglückten Jaborze Lazarett geschafft.

Jaborze. 6. Februar. Zur Borzucht. Affäre. G wurde hier das (auch von uns übernommene, Red) Gericht über die in der Untersuchungshaft in Gleiwitz befindliche Defra Borzucht sei plötzlich gestorben. Eine amtliche polizeiliche Polizeiamtes an das dortige Landgericht ergab die Gerichtigkeit des Gerichtes. Borzucht ist, wie uns mitgeteilt, kranklich und leidet an Rheumatis mus. — Nachdem die abgeschlossene Revision der von Borzucht verwalteten Kassen geführten Bücher der ganze Sachverhalt der Untersuchung jetzt und klar liegt, wird, mit Rücksicht auf die erforderliche Inform des Gerichtes und der Verteidiger, die Aburteilung des B. e der zweiten Schwurgerichtsperiode erfolgen.

Wesl. 7. Februar. Von einem schweren Un wurde in Brzesch der 19jährige Bauernsohn Johann Zme betroffen. Er war damit beschäftigt, einem Pferde mit einer die langen Fesselgelenke abzuschneiden. Das Pferd schlug und trat den jungen Mann in die Hand, in welcher er die hielt. Die Spitze derselben drang in das linke A welches sofort auslief. Der Schwerverletzte wurde in eine nach Krosau überführt.

Wolowitz. 6. Februar. Zur Bodenkrankung der Duda'schen Familie sei noch bemerkt, daß gestern bei einem zweiten Kinde die Boden festgestellt wurde. Auch dieses Kind wurde in die Isolierkammer gebracht. Angehörigen der in dem Hause wohnenden 20 Familien wurde geimpft. Ferner ist an einer Gattin'sfamilie, in welcher Duda lebte, eine Impfung vorgenommen worden. Die abgegebene 20 Familien des Hauses, durchweg Arbeiter, w. den von der P mit Lebensmitteln versorgt.

Gewerkschaftshaus.

- Montag, den 9. Februar:
 - Schuhmacher-Verband. Zimmer Nr. 1.
 - Sozialdemokratischer Verein. Zimmer Nr. 2 und 7.
 - Gesangsverein „Frohne“. Zimmer Nr. 3.
 - Sandels- und Transportarbeiter-Verband. Zimmer Nr. 4.
 - Sattler-Verband. Zimmer Nr. 5.
 - Schneider-Verband. Zimmer Nr. 6.
- Dienstag, den 10. Februar:
 - Studenten-Versammlung. Zimmer Nr. 1.
 - Frauen-Versammlung. Zimmer Nr. 2.
 - Maler-Gesangsverein. Zimmer Nr. 3.
 - Glasler-Verband. Zimmer Nr. 5.
 - Freie Turnerschaft. Monatsversammlung.
- Mittwoch, den 11. Februar:
 - Arbeiter-Radfahrer-Verein. Zimmer Nr. 1.
 - Sandels- und Transportarbeiter-Verband. Zimmer Nr. 4.
 - Maler-Gesangsverein. Zimmer Nr. 3.
- Donnerstag, den 12. Februar:
 - Hausdiener. Zimmer Nr. 1.
 - Maler-Verband. Zimmer Nr. 2.
- Freitag, den 13. Februar:
 - Maler-Gesangsverein. Zimmer Nr. 1.
 - Maler-Gesangsverein „Vorwärts“. Zimmer Nr. 3.

Stadt-Theater.
Montag:
„Die Jüdin von Toledo.“
Dienstag:
„Der Zigeunerbaron.“

Lobe-Theater.
Montag
zum 4. Male:
„Madame Scherr.“
Dienstag:
„Herrn Yanna.“

Volks-Vorstellungen im Thalia-Theater.
Mittwoch:
Gruppe G. 5. Vorstellung:
„Miss Hobbs.“
Donnerstag:
Gruppe H. 5. Vorstellung:
„Miss Hobbs.“

Dominikaner. Original Leipziger.
Dir.: Paul Belzer.
Anfang 8 Uhr. Entree 10 Pf.
Alle 3 Tage neues Programm.

Feuerversicherung
sowie Lebensversicherung auch für Kinder, vermittelt
Ernst Zahn
Ritterplatz 5, III.

Am 6. d. Mts. Abends, verschied die **Frau Paul Hippauf.**
Ihr Andenken werden stets in Ehren halten
Die Mitglieder des M.-G.-V. „Vorwärts“.
Beerdigung: Dienstag Nachm. 3 Uhr von Bethanien, Klosterstrasse 112, nach Lehngruben.

Zeltgarten.
Das brillante Februar-Programm mit

Paul Foerster
und den ihm zugehörigen
Kantate 8 Uhr.
Im Saal:
Großes Konzert
von zweier hiesigen
Künstler-Gesamtheit
unter Leitung d. Viol.-Dirigenten
Ovide Bolay.
Entree frei!

Gelegenheitskauf
grosse Posten
Coupons
feinste
Mass-Anzug-
Stoffe
letzten eingetroffen.
Sitz im hiesigen Theater-Orchestraal
Sitz Körper nach Gewicht.
Bemerkungen in großer Anzahl.

Reste-Handlung
Carlsplog 2, 1. Etage.

Achtung! „Gewerkschaftshaus“, Margarethenstr. 17
Sonnabend, den 14. Februar 1903:

Grosses Narren-Fest à la Cöl
veranstaltet vom
M.-G.-V. „Steinhort“, Mitgliedschaft des Arbeiter-Sängerbundes.
Um 8 Uhr Eröffnung des Rummels.

Zur Aufführung gelangt eine großartig ausgestattete Pantomime. — Darauf gro Maskenanzug unter Vorantritt einer weltberühmten Kapelle. — Prämierung der 2 Schönsten 1 originalen Maske. — Nach 12 Uhr wird die Ballmusik von 2 Kapellen ausgeführt, dabei Tanz Unterbrechung. — Kapellen, Plägen, Festabzeichen, Scherzartikel sind am Eingang des Saales zu haben. Eintrittskarten und zu haben: Expedition der Volkswacht, Gewerkschaftshaus, Margarethenstraße 17, Radfahrer Neumann, Bismarckstraße 17, IV.
Preis des Programms: im Vorverkauf Herr u. Dame 60 Pf., Dame 30 Pf., an der Kasse Herr u. Dame 75 Pf., Dame 40 Pf.
Einlass 7 Uhr — Anfang 8 U

5 Pfg. - Sumatra - Cigarren,
praktische Qualität vorzüglich in Grand und Geschmeck
100 2 Pk., 250 Pk., 3 Pk. bis 5 Pk.
empfiehlt gegen Nachnahme
Cigarren-Fabrik Ernst Lampke,
Fabrik, Versand und Haupt-Expedit: 1640
Breslau, Rossplatz 11, am Oderthorbahnhof.
Filialen: Matthiasstr. 16, Ecke Schreygasse, Gumbrecht 35.
F. Schris - Wilhelmstraße 15, Klosterstraße 77.
Hier eröffnet: Sackstrasse Nr. 22.

Keinen Husten mehr
nach Schwanz von **Mildner's**
ägyptisch erprobten **Präparaten**
à Dose 20 Pfg., Pfd. 80 Pfg.
Catharinenstraße 6. 1680

Buchhandl. „Volkswacht“.
Bände von Nirgendwas von W. Morris. Illustr. Die Waffen nieder von Verba v. Entner. Aus ländlichen Gärten von Pontoppidan. Johannes Buß von Georg Kimmel. Jesus von Nazareth von Georg Kimmel. Die wahrhaftige Lebensgeschichte des Josua Davidohn von Natalie Liebau. Die Freimaurerei, ihre Geschichte u. von Johann Schenck. Sozialdemokratisches Liederbuch von Max Keel.